Droht Förderverein jetzt das Aus?

LANDESBÜHNE Keine Nachfolger für Vorstand gefunden – Notvorstand soll übernehmen

VON JÜRGEN WESTERHOFF



Traten als Vorstand des Fördervereins der Landesbühne zurück (von links): Rüdiger Nietiedt, Astrid Kuchenbuch, Hans-Wilhelm Berner, Gitta Nietiedt und Ulrich Janz. BILD: JÜRGEN WESTERHOFF

WILHELMSHAVEN – Rund 300.000 Euro hat der Förderverein der Landesbühne Niedersachsen Nord in den vergangenen 13 Jahren für das Theater aufgebracht. Nun steht einer der erfolgreichsten Kultur-Fördervereine der Region möglicherweise vor dem Aus. Findet sich kein neuer Vorstand, könnte am Ende die Auflösung des Vereins stehen.

Vorstand tritt ab – Verein ohne Führung

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung hatte der komplette achtköpfige Vorstand um den Vorsitzenden Hans-Wilhelm Berner wie angekündigt seinen Rücktritt erklärt. Trotz intensiver Suche erklärte sich anschließend niemand bereit, die Nachfolge zu übernehmen. Von den rund 360 Vereinsmitgliedern waren 108 zu der Versammlung gekommen.

Damit ist nun das Registergericht gefragt. Der bisherige Vorstand will einen Antrag auf Bestellung eines Notvorstands vorbereiten. Dieser soll vor allem eine erneute Mitgliederversammlung einberufen. Dort soll ein weiterer Versuch unternommen werden, einen neuen regulären Vorstand zu wählen.

Scheitert auch dieser Versuch, bliebe als letzte Möglichkeit die Auflösung des Vereins. Darüber müsste nach Darstellung des bisherigen Vorstands die Mitgliederversammlung entscheiden. Das wollen Berner und seine Mitstreiter unbedingt verhindern. Sie appellieren deshalb an die Mitglieder, die Zeit bis zur nächsten Versammlung zu nutzen und noch einmal darüber nachzudenken, ob sie gemeinsam Verantwortung übernehmen könnten.

Dabei müsse niemand befürchten, nach einer Wahl auf sich allein gestellt zu sein, betonten die zurückgetretenen Vorstandsmitglieder am Freitag in einem Pressegespräch. Die Vereinsverwaltung sei vollständig organisiert und auf aktuellem Stand. Ein neuer Vorstand werde mit Rat und Tat unterstützt.

Vorstand erklärt Gründe für Rücktritt

Der bisherige Vorstand bekräftigte zugleich noch einmal seine Gründe für den geschlossenen Rücktritt. Auslöser des endgültigen Zerwürfnisses mit Intendant Olaf Strieb sei eine E-Mail vom 17. Juni gewesen. Darin hatte Strieb dem Vorstand „aus heiterem Himmel“ unter anderem vorgeworfen, seine Autorität zu untergraben. Zudem kritisierte er nach Darstellung des Vorstands dessen Förderprioritäten und kündigte an, künftig nicht mehr an Vorstandssitzungen teilzunehmen.

Hintergrund waren unter anderem Entscheidungen über vergleichsweise geringe Beträge. So hatte der Förderverein gegen den Willen des Intendanten wiederholt 200 Euro für ein gemeinsames Grillen von Schauspielern, Technik und weiteren Mitarbeitern zum Saisonende zur Verfügung gestellt. Der Vorstand verstand dies als Zeichen der Wertschätzung. Strieb habe dagegen darin einen Eingriff in seinen Verantwortungsbereich gesehen.

Ein späteres Gespräch habe keine Annäherung gebracht, berichteten Berner und seine Mitstreiter. Eine zwischenzeitlich erwogene Mediation sei deshalb nicht mehr aussichtsreich erschienen.

Trotz des tiefen Zerwürfnisses wollen die zurückgetretenen Vorstandsmitglieder den Blick nun nach vorn richten. Zu viel Arbeit und Herzblut steckten in dem Verein, hieß es. Für sie ist deshalb entscheidend, dass sich doch noch Mitglieder finden, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – damit aus dem Rücktritt des Vorstands nicht am Ende das Aus für den gesamten Förderverein wird.

Jungfernfahrt am Jade-Weser-Port beendet

WIRTSCHAFT Boxcarrier aus der Bauwerft in China über Bremerhaven an Tiefwasserhafen angekommen

VON DIETMAR BÖKHAUS



Der Boxcarrier „DP World Rotterdam“ hat seine Jungfernfahrt in Wilhelmshaven am Jade-Weser-Port beendet. BILD: DIETMAR BÖKHAUS

WILHELMSHAVEN – Der Boxcarrier „DP World Rotterdam“ hat seine Jungfernfahrt in Wilhelmshaven am Jade-Weser-Port beendet. Das 148 Meter lange Frachtschiff mit den markanten Aufbauten wurde im Juni dieses Jahres in China gebaut und fährt wie das Schwesterschiff „London“ – das vor einigen Tagen in Wilhelmshaven lag – für die Elbdeich-Reederei, die das Schiff an das Logistikunternehmen „DP World Group“ im Zubringerdienst- im nordeuropäischen Küsten- und Kurzstreckenverkehr (Short-Sea-Shipping) verchartert hat.

Diese kleineren Schiffe sind wichtig für den Sammelverkehr aus kleineren Häfen an Nord- und Ostsee zu den großen Containerdrehkreuzen wie Wilhelmshaven.

Im Laufe dieses Jahres werden noch zwei weitere Neubauten dieser Dual-Fuel-Klasse in Fahrt kommen, war von der Elbdeich-Reederei zu hören. Durch das besondere Brückendesign entsteht mehr Ladekapazität, so dass an Bord bis zu 1,250 TEU (Standardcontainer) gestaut werden können. Die Einheiten dieser Schiffsklasse werden durch Dual-Fuel-Motoren angetrieben, Antriebssysteme, die mit zwei verschiedenen Kraftstoffen betrieben werden können – meistens mit umweltfreundlicheren alternativen Kraftstoff wie Flüssigerdgas (LNG) oder Methanol oder aber auch mit herkömmlichem Marinediesel/Schweröl.

Höhere Strafen gegen Vermüllung der Stadt

UMWELTSCHUTZ Wilhelmshavens Rat verweist kommunalen Bußgeldkatalog in Fachausschuss

VON JÜRGEN WESTERHOFF



Nicht nur ästhetisch ein Ärgernis, sondern auch massiv giftig für die Umwelt: achtlos weggeworfene Zigarettenkippen. BILD: CARSTEN REHDER

WILHELMSHAVEN – Weggeworfene Zigarettenkippen, Verpackungen, Flaschen oder illegal abgestellter Sperrmüll: Der Rat der Stadt will schärfer gegen die Vermüllung Wilhelmshavens vorgehen. Noch ist allerdings nicht entschieden, wie genau das geschehen soll. Ein Antrag der Ratsgruppe Gemeinsam BUNT für einen eigenen kommunalen Bußgeldkatalog wurde zunächst mit großer Mehrheit zur weiteren Beratung in den Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW) verwiesen.

Bußgeld bei illegaler Müllentsorgung

Der Antrag sieht vor, dass die Verwaltung einen Bußgeldkatalog gegen illegale Müllentsorgung und sogenanntes Littering im öffentlichen Raum erarbeitet. Dabei sollen sich die Beträge an den niedersächsischen Richtlinien zur Ahndung von Umweltordnungswidrigkeiten orientieren. Gemeinsam BUNT geht allerdings noch weiter: Mündliche oder schriftliche Verwarnungen sollen nach dem Willen der Gruppe ausgeschlossen werden. Wer beim Wegwerfen von Müll erwischt wird, soll also unmittelbar mit einem Verwarngeld oder Bußgeld rechnen müssen.

Die Gruppe hat ihrem Antrag bereits konkrete Vorschläge beigefügt. Danach könnte eine weggeworfene Zigarettenkippe künftig 50 bis 80 Euro kosten. Für Kaugummi oder Taschentücher werden 20 bis 50 Euro vorgeschlagen, für Glasflaschen, Getränkedosen oder Plastikverpackungen 30 bis 80 Euro. Wer Sperrmüll oder größere Mengen Hausmüll illegal entsorgt, könnte mit 100 bis 300 Euro belangt werden. Besonders teuer soll es in sensiblen Bereichen werden: Für Müllablagerungen in Grünanlagen, Schutzgebieten oder küstennahen Bereichen nennt der Vorschlag einen Rahmen von 200 bis 500 Euro.

Antje Kloster begründete den Vorstoß im Rat damit, dass bloße Verwarnungen aus ihrer Sicht kaum abschreckende Wirkung hätten. Wer nur selten dabei erwischt werde, Müll oder eine Kippe achtlos wegzuwerfen, müsse die Folgen auch tatsächlich „spüren“. Als Beispiel nannte sie Zigarettenkippen, die aus Autos geworfen würden, oder Müll, der unmittelbar am Weltnaturerbe entsorgt werde.

Gerade Wilhelmshavens Lage am UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer spielt im Antrag eine besondere Rolle. Zigarettenfilter enthielten Kunststoffe und Schadstoffe, die über Regenwasser in die Kanalisation und schließlich in Nordsee und Wattenmeer gelangen könnten. Deshalb soll geprüft werden, ob für Küstenbereiche, Grünanlagen, Naturschutzflächen und öffentliche Plätze strengere Bußgeldrahmen möglich sind.

Uneinigkeit im Rat

Grundsätzliche Unterstützung für ein härteres Vorgehen gab es im Rat von mehreren Seiten. Uneinigkeit bestand allerdings über das Verfahren und darüber, ob höhere Strafen allein ausreichen. Vertreter von FDP und Freien Wählern plädierten dafür, den Antrag zunächst ausführlich im TBW zu beraten und die Verwaltung stärker einzubeziehen. Auch aus der CDU kam der Hinweis, dass strengere Bußgelder nur dann Wirkung entfalten könnten, wenn Verstöße besser kontrolliert würden. Angeregt wurde deshalb erneut das Konzept von „Mülldetektiven“. Neben bereits angestoßenen technischen Maßnahmen wie Videoüberwachung solle auch personell nachgebessert werden. Zudem lagen nach Angaben aus der Debatte weitere Anträge zum Thema vor, die nun möglichst gemeinsam beraten werden sollen.

Für deutliche Worte sorgte Ratsfrau Petra Stomberg. Sie verlangte nicht nur mehr Kontrollen, sondern auch mehr Vorbildfunktion von Politik und Verwaltung. Führende Vertreter der Stadt und Ratsmitglieder sollten ihre Zigarettenkippen nicht vor dem Rathaus wegwerfen. Sie berichtete zudem, dass sie beim Aufenthalt mit einem zweijährigen Kind regelmäßig Zigarettenkippen auf Spielplätzen und Wiesen aufsammele.

Am Ende fiel die Entscheidung eindeutig aus: Mit 33 gegen zwei Stimmen verwies der Rat den Antrag zurück in den TBW-Ausschuss. Dort soll nun über Bußgeldhöhen, Kontrollen und weitere Anträge beraten werden. Noch im September könnte das Thema anschließend erneut in den Rat kommen.